SAZ Suhler Andere Zeitung
Monatsumschau für Links- und Querdenker
28. Jahrgang / Nr. 08
August 2019
Preis: eine Spende
Nummer: 327

Wer nicht dabei war, hat was verpasst – beim Sommerfest der Suhler LINKEN

Foto: I. Burandt

Das mittlerweile traditionelle Sommerfest der Suhler LINKEN stand in diesem Jahr unter dem Motto: „Südthüringen. Sozial. Solidarisch!“. Viele Gäste waren gekommen, um inmitten eines bunten Programms auch viele aktuelle Themen zu besprechen. “Der Himmel strahlt, die Sonne lacht - das hat DIE LINKE gut gemacht”, so begrüßte ich als Stadtvorsitzende die zahlreichen Gäste, die es sich nicht nehmen ließen, mit dem Stadtverband der Suhler LINKEN das diesjährige Sommerfest bei bestem Wetter zu feiern. Unter den zahlreichen Gästen waren u.a. die Landesvorsitzende der LINKEN Thüringen Susanne Hennig-Wellsow, der Oberbürgermeister der Stadt Suhl André Knapp, die Landrätin des Landkreises Schmalkalden-Meiningen Peggy Greiser sowie eine Delegation der befreundeten Kommunistischen Partei Böhmens und Mährens (KSM) aus der Partnerstadt Budweis.

Dementsprechend gab es interessante Gesprächsrunden u.a. zum Thema „Oberzentrum“, zur vielschichtigen Arbeit im Stadtrat, zu aktuellen politischen Problemen in Budweis und in Tschechien und vor allem zur politischen Situation in Thüringen mit Blick auf die bevorstehenden Landtagswahlen im Herbst.

Dabei standen aktuelle politische Aufgaben und Probleme, wie die Digitalisierung in der Bildung, im Mittelpunkt. „Wir nutzen unser Sommerfest heute, um den Startschuss für einen interessanten und erfolgreichen Landtagswahlkampf zu geben“, so Landtagsabgeordnete Ina Leukefeld, die gemeinsam mit Heidemarie Schwalbe durch das bunte Programm führte. Natürlich hatte unser Genosse Philipp Weltzien ausreichend Gelegenheit, sich als Kandidat vorzustellen und seine Standpunkte und Ideen in die Diskussionen einzubringen.

Umrahmt wurde das Fest mit toller Musik durch die Band „Chameleon Walk“ sowie der Suhler „Oldie-Kiste“. Darüber hinaus gab es durch unsere jungen Jenaer Genossinnen und Genossen zahlreiche Spiel- und Bastelangebote für die Suhler Kinder und Jugendlichen. Besonderer Renner war hier das Gestalten von Rucksäcken durch Bemalung mittels Spraydosen.

Herzlichen Dank an die vielen fleißigen Helferinnen und Helfer, insbesondere an unseren Geschäftsführer Helmut Hellmann, die mit ihrer Einsatzbereitschaft den Tag zu einem erfolgreichen machten.

- Ilona Burandt -

Das Öffentliche stärken

Es gibt wohl kaum eine sozial-, landes- und kommunalpolitische Forderung, die zustimmungsfähiger ist als die, dass das Öffentliche gestärkt werden muss. Bodo Ramelow hat erst kürzlich darauf verwiesen, dass es vor allem darum geht, in die öffentliche Infrastruktur zu investieren: „Deswegen haben wir mehr Lehrerinnen und Lehrer eingestellt, deswegen haben wir mehr Polizistinnen und Polizisten eingestellt, wir investieren in die Sanierung von Schulen. Mit dem Haushalt 2020 machen wir einen weiteren Schritt in die komplette Beitragsfreiheit in den Kindergärten. Nun sind in Thüringen zwei Jahre im Kindergarten beitragsfrei. Wir haben ein Azubi-Ticket eingeführt, das fast überall in Thüringen Auszubildende entlastet“. Die Stärkung des Öffentlichen, die Verbesserung der öffentlichen Daseinsvorsorge sind in Thüringen gelebte Praxis. Damit verwirklicht r2g einen Gegenentwurf zur neoliberalen Agenda der Opposition von CDU und AfD, die auf Privatisierung und die Erzielung noch höherer Profite aus Bereichen setzen, die in die öffentliche Hand gehören. In der Wohnungswirtschaft, im Gesundheitswesen und in der Pflege müssen wir darum ringen, dass der gute Weg, der in Thüringen eingeschlagen wurde, fortgesetzt werden kann. Aus dem Lager der Neoliberalen kommen verstärkt absurde Forderungen. Warum wohl schlägt die Bertelsmann-Stiftung in einer „Studie“ vor, mehr als die Hälfte der Krankenhäuser in Deutschland zu schließen? Man kann sicher sein, dass dahinter der Gedanke steckt, die kommunalen Einrichtungen schrittweise zu beseitigen und das Feld den großen Konzernen zu überlassen. Dass mit Gesundheit und Pflege riesige Profite erwirtschaftet werden können, zeigt, wie krank das gesellschaftliche System derzeit ist. Es wird sich nicht selbst heilen können. -Eckhard Griebel-

Regionale Integrationsprojekte sind unverzichtbar

Genossin Ina Leukefeld hat sich im Thüringer Landtag mit VertreterInnen aus regionalen Integrationsprojekten für Langzeitarbeitslose getroffen. Nach diesem Treffen erklärt sie:

„Es ist Zeit, auch auf diesem Gebiet Bilanz von Rot-Rot-Grün zu ziehen, gewonnene Erfahrungen auszutauschen und den MitstreiterInnen Danke zu sagen. Mich interessieren die Erfahrungen und Ergebnisse der Träger, die in Umsetzung der Integrationsrichtlinie die zur Verfügung stehenden Landesmittel und den ESF-Fonds für die Begleitung von Langzeitarbeitslosen und deren Integration in dauerhafte Arbeit erfolgreich nutzen.

In den Integrationszentren, die in 23 Kommunen an 47 verschiedenen Orten in Thüringen bestehen, sind insgesamt 93 IntegrationsbegleiterInnen tätig. Sie haben in der jetzigen Förderperiode 14.550 TeilnehmerInnen, davon 80 Prozent (11667) Langzeitarbeitslose, beraten und sachkundig begleitet. Ziel war und ist die Vorbereitung auf eine dauerhafte Integration in Arbeit. Das ist bei knapp einem Drittel der betroffenen Frauen und Männer erfolgreich gelungen, denn 3839 Personen kamen in Arbeit bzw. in Selbstständigkeit. Aber auch sonst sind diese Bemühungen nützlich und sinnvoll. So konnte die berufsspezifische, fachliche und persönliche Situation bei drei Viertel der betroffenen Menschen deutlich verbessert werden. Altersmäßig wird deutlich, dass mehr als die Hälfte der betreffenden Menschen zwischen 25 und 45 Jahren alt sind, aber auch mehr als 1000 junge Leute bis 25 Jahre konnten die guten Möglichkeiten der individuellen Beratung und Begleitung aussichtsreich nutzen.

Auch dies ist ein Beitrag zur Gewinnung und Heranbildung von FacharbeiterInnen in den verschiedensten Bereichen, die wir in Thüringen brauchen. Unserem politischen Ansatz als Linke, dass jeder Mensch, der in Thüringen lebt, hier gebraucht wird, uns wichtig ist sowie eine gute und sichere Zukunft haben soll, kommen wir damit ein Stück näher. Unser Landesarbeitsmarktprogramm und das Programm öffentlich geförderter Beschäftigung – Gemeinwohlarbeit - sind dabei gute Ergänzungen, ebenso wie die soziale Beratung und Begleitung bei der Behebung so mancher individueller Probleme, wie Überschuldung, Sucht, schwierige familiäre Situation, Wohnungs- oder gesundheitlicher Probleme. Ich habe die Gelegenheit genutzt, um den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Projekten Dank für ihre engagierte Arbeit im Interesse der Betroffenen zu sagen und für die künftige Arbeit alles Gute zu wünschen. Die Arbeit in den Integrationszentren, die nächstes Jahr ihr zehnjähriges Bestehen feiern, ist außerordentlich wichtig und anspruchsvoll. Sie sollte auch in Zukunft fortgesetzt werden. Die vielen Hinweise der ProjektleiterInnen nehme ich gerne mit in die weitere parlamentarische Arbeit."

Wie wichtig das Thema Langzeitarbeitslosigkeit nach wie vor ist, zeigt eine OECD-Studie:

„Der Anteil der Langzeit- an allen Erwerbslosen ist gegenüber dem Vorjahreswert von 41,9 Prozent nach einem Anstieg im vergangenen Jahr nun wieder leicht gesunken, liegt aber immer noch über dem Wert von 2016 mit 41,1 Prozent. Im Vergleich mit den anderen Mitgliedstaaten belegt Deutschland damit auch weiterhin einen der hinteren Plätze. Der OECD-Durchschnitt von 29,0 Prozent wurde um rund 12 Prozentpunkte überschritten." (o-ton-arbeitsmarkt.de).

Die Bilanz der regionalen Integrationsprojekte in Thüringen zeigt eindrucksvoll, dass unsere Partei DIE LINKE nach wie vor eine erfolgreiche Arbeit als „Kümmererpartei" leistet, dass sie sich intensiv um die Lösung von sozialen Problemen bemüht und dass die Ergebnisse der Projekte für Langzeitarbeitslose ein wichtiger Teil der erfolgreichen Arbeit der r2g-Regierung sind. Dafür gebührt Ina Leukefeld als langjähriger arbeitsmarktpolitischer Sprecherin der Landtagsfraktion Dank und Anerkennung. -Eckhard Griebel-

Suhler ANDERE Zeitung. Monatsumschau für Links- und Querdenker, Mitteilungsblatt der Partei DIE LINKE. Suhl, erscheint monatlich im Selbstverlag, **Preis:** eine Spende
Herausgeber: DIE LINKE. Stadtvorstand Suhl, Rüssenstraße 19, 98527 Suhl
Tel./Fax: 03681/308158; www.die-linke-suhl.de
e-Mail: rgeschaeftsstelle@die-linke-suhl.de
IBAN DE59 8405 0000 1705 0071 51;
BIC HELADEF1RRS, Rhön-Rennsteig-Sparkasse Suhl
V.i.S.P.: Eckhard Griebel, Beerbergstr. 5 • 98528 Suhl
Alle Autoren arbeiten ohne Honorar. Einzelne Beiträge müssen nicht in jedem Falle mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen
Redaktionsschluss unserer September-Ausgabe 2019 ist am 23.08.2019

Einladung zu meiner Veranstaltung „Live aus dem Landtag"

Eingeladen habe ich als prominenten Gast:

MdL Torsten Wolf, Bildungspolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, Mitglied im Haushalts- und Finanzausschuss sowie im Ausschuss Bildung, Jugend und Sport

Kurz vor Beginn des neuen Schuljahres lade ich recht herzlich zu einer Gesprächs- und Diskussionsrunde zum neuen Thüringer Schulgesetz ein, das der Thüringer Landtag im Juni beschlossen hat . Inklusion, Mindestschülerzahlen, Mitbestimmung: **Das neue Gesetz sieht einige Neuerungen vor.**
Unsere Schulen müssen sich jeden Tag veränderten Anforderungen stellen. Deswegen muss der Rahmen, u.a. das Schulnetz, in dem Schule arbeitet, regelmäßig angepasst werden.

„Was ändert sich an unseren Schulen—wie gehen wir mit dem neuen Schulgesetz um?"

ist daher das Thema, das ich mit meinem Kollegen und Ihnen gerne diskutieren möchte. Dazu möchte ich alle an Bildungspolitik Interessierte recht herzlich einladen.

Wann? Dienstag, 13.08.2019 um 18.00 Uhr

Wo? Suhl, CCS, Türmchen, Fr.-König-Str. 7

Interessierte Bürgerinnen und Bürger, Elternsprecher, Schülersprecher, Pädagogen sowie Verantwortliche aus Ämtern und Verwaltung sind recht herzlich eingeladen.

Ina Leukefeld, MdL

DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag

Die Treuhandwunde heilen

Im folgenden geben wir auszugsweise einen Gastbeitrag des Vorsitzenden der Bundestagsfraktion der Partei DIE LINKE. Dietmar Bartsch in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung am 05.06.2019 wieder (www.linksfraktion.de/themen/nachrichten/detail/die-treuhandwunde-heilen/).

Zu der Frage, ob der Bundestag nach 30 Jahren in die Treuhandakten schauen soll, schreibt Bartsch :

„“Unfug”, sagt der frühere Finanzminister Waigel. Thilo Sarrazin, seinerzeit für die Treuhandaufsicht im Finanzministerium zuständig, findet es “albern”, dass der Bundestag nach 30 Jahren in die Treuhandakten schauen soll. Der Zuspruch, der mich dagegen vor allem aus Ostdeutschland erreicht, spricht eine gänzlich andere Sprache. Die Treuhand ist eine offene Wunde in der ostdeutschen Gesellschaft.

Wie die Historiker Goschler und Böick der Uni Bochum feststellen, ist die Wahrnehmung und Bewertung der Treuhand in Ostdeutschland eine Art “erinnerungspolitische Bad Bank”. Sie ist tatsächlich die Bad Bank der deutschen Einheit und der Kardinalfehler des wiedervereinigten Landes. Natürlich war der Zustand der DDR-Wirtschaft vielfach marode, aber dieses Argument trägt nicht, denn dann hätte die Treuhand den Zustand verbessern müssen. Aber ihre Bilanz ist verheerend. Die Treuhandpolitik war - besonders in der Art und Weise, wie Dinge durchgesetzt wurden - die Fortsetzung des Kalten Krieges mit anderen Mitteln. So hätte “West” mit “Ost” niemals umgehen dürfen.

Viele individuelle und die gesellschaftlichen Wunden sind nicht geheilt. Wer auch die emotionale Einheit nach 30 Jahren vollenden will, muss noch einmal zurückschauen. Dafür brauchen wir eine parlamentarische Untersuchung, ohne die eine notwendige wissenschaftliche Aufarbeitung unzureichend bleibt. Ein Untersuchungsausschuss kann entscheidende Akten in kurzer Zeit anfordern und die politisch Verantwortlichen von damals vorladen. Niemand behauptet, dass Arbeitsplätze zurückkommen. Man kann die Zeit nicht zurückdrehen, aber man muss Erfolge als Erfolge, aber auch Fehler als Fehler benennen. Dies muss im Bundestag geschehen und nicht allein an Universitäten. So ließe sich die erinnerungspolitische Bad Bank der Einheit abwickeln und die gesamtdeutsche Gesellschaft emotional in Sachen Treuhand befrieden.

Als Geschäftsführer des zweitgrößten Verlages der DDR habe ich die Arbeit der Treuhandanstalt in der Verlagsbranche persönlich erlebt. Bemerkenswert war besonders die Privatisierung der 15 ehemaligen Bezirkszeitungen der SED, die übrigens alle bis heute am Markt sind. Sie wurden zwischen den großen Verlagen der Bundesrepublik aufgeteilt. Natürlich haben diese Verlage investiert, haben die Zeitungen und Druckereien modernisiert, aber eigentlich waren es “Geschenke”...

Wer heute die Berichte des Bundesrechnungshofes aus den 1990er Jahren liest, hätte einige Fragen an die ehemalige Leitung des Hauses. Der Bundesrechnungshof beschreibt ein Komplettversagen des Finanzministeriums. Einerseits wurde die Führungsebene der Treuhand von der Haftung selbst bei grob fahrlässigem Handeln befreit, andererseits überließ das Ministerium die Treuhand sich selbst. 1993 befanden die Rechnungsprüfer, das Finanzministerium werde seiner “politischen und finanziellen Verantwortung nicht gerecht”.

War es Überforderung in politisch bewegten Zeiten oder wollte man in Bonn nicht genau wissen, was bei der Treuhand vor sich geht? Wir brauchen einen Untersuchungsausschuss, in dem Waigel, Sarrazin und andere erklären, warum sie der Treuhand nicht auf die Finger geschaut haben. Sarrazin sagte 2010 über seine damalige Aufgabe im Finanzministerium: “Jetzt wickeln wir das ganze Zeug möglichst schnell ab.” Falls dies die politische Vorgabe des Ministeriums war, hätten wir eine ganz andere Dimension. Denn das Plattmachen der ostdeutschen Industrie war mitnichten der gesetzliche Auftrag der Treuhand. Ja, sie sollte privatisieren, aber die “Wettbewerbsfähigkeit möglichst vieler Unternehmen herstellen und somit Arbeitsplätze sichern und neue schaffen.” Diesen Auftrag hat sie definitiv nicht erfüllt. Aber wurde dies geduldet oder befördert? Viele Fehlentscheidungen hätten mit einer funktionierenden Aufsicht des Ministeriums verhindert werden können. Die Aufsichtsverweigerung hat Arbeitsplätze und Zukunftsperspektiven im Osten zerstört. Es ist eine Frage des Respekts gegenüber den Millionen Menschen, die damals ihren Job verloren, diese Zeit im Parlament aufzuarbeiten.“

Auf den Antrag der Linksfraktion im Deutschen Bundestag, einen Parlamentarischen Ausschuss zu einer – wohlgemerkt ergebnisoffenen – Untersuchung der Arbeit der Treuhandanstalt einzusetzen, reagieren die anderen Fraktionen mit mehr oder weniger schroffer Ablehnung. Es ist klar, dass die damals Verantwortlichen geschont werden sollen. Angeblich gelte es, so wird argumentiert, nach vorne zu schauen, eine rückwärtsgewandte Untersuchung bringe nichts. Diese „Argumentation“ ist den Älteren von uns aus der SED sattsam bekannt. „Fehlerdiskussionen“ waren streng verboten, vorgeblich galt es, Widersprüche im „Vorwärtsschreiten“ zu überwinden. Allerdings war schon der Hinweis auf real massenhaft existierende Widersprüche verpönt. Es ist bekannt, dass selbst im obersten SED-Gremium, dem Politbüro, die Analyse von Widersprüchen und anstehende Weichenstellungen hin zu einer realistischen Wirtschafts- und Sozialpolitik unterblieben. Erst als Honecker, Mielke und Mittag hinweggefegt waren, wagten sich einige aus der Deckung. Das Schürer-Papier vom 30. Oktober 1989 war ein Offenbarungseid der Verantwortlichen, zum Teil auf unvollständigen und falschen Fakten basierend. Heute soll diese hastig formulierte Ausarbeitung als Beleg dafür dienen, dass die DDR pleite war. Obwohl neuere Untersuchungen zu dem Schluss kommen, dass das nicht der Fall war, wird die angebliche Pleite als Ursache für den Zusammenbruch der Wirtschaft in Ostdeutschland dargestellt, um von den verheerenden Wirkungen der Währungsunion und der Treuhand abzulenken.

Es ist zu hoffen, dass SPD und Grüne noch Einsichten gewinnen und für einen Untersuchungsausschuss stimmen. -EBE-

Vom 20. bis 29. August 2019 ist im Kunsthaus Erfurt, Michaelisstr. 34 eine Ausstellung "Schicksal Treuhand. Treuhand Schicksale" zu sehen.

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe LeserInnen der SAZ

Foto: privat

Am 6.7.2019 war es mir auf Grund meines Urlaubs in meiner Geburtsstadt möglich, wieder einmal das jährliche Sommerfest der Suhler LINKEN zu erleben. Hiermit möchte ich mich bei allen Beteiligten recht herzlich bedanken – es war ein sehr schöner und informativer Nachmittag.

Da kurz vorher das Ergebnis der Bremer Landtagswahlen bekannt wurde und weil es erfolgreiche Verhandlungen für eine rot (SPD-23 Sitze) grün (Grüne-16 Sitze) rote (LINKE- 10 Sitze) Koalition gab - das erste Mal in einem westlichen Bundesland - wurde ich gebeten, einen Beitrag über unsere Erfahrungen im Bürgerschaftswahlkampf und in unserer politischen Arbeit im Alltag für die SAZ zu schreiben.

Als ich 1997 als PDS-Mitglied aus privaten Gründen nach Bremen ging, traf ich dort auf einen sehr engagierten Landesverband (ohne Kreisverbände). Seit 1995 waren Bremer Genossen und Genossinnen schon in 9 von 18 Beiräten vertreten. Dazu muss Mensch wissen, dass die Beiräte in Bremen als Stadtteil- bzw. Ortsteilparlamente fungieren, allerdings mit eingeschränkten Entscheidungsmöglichkeiten.

Ab 2007 sind wir mit steigender Anzahl von Genossinnen und Genossen sowie sachkundigen Bürgerinnen in 17 Beiräten vertreten. Ein Beirat fehlt uns noch, da wir im entsprechenden Beiratsgebiet keine GenossInnen haben.

Dieses jahrelange erfolgreiche Wirken, immer nah bei den und für die Bürger, hat dazu geführt, dass wir erstens immer mehr in den eigenen Reihen wurden (heute 620 +-) und immer mehr BürgerInnen uns ihr Vertrauen schenkten und uns zutrauen, dass wir Probleme nicht nur benennen können, sondern auch zu deren Lösung beitragen können.

Dies hat auch dazu geführt, dass die Bremer Linke 2007 im Jahr des Zusammenschlusses von PDS und WASG zur Partei DIE LINKE vier Kreisverbände erhielt und nach einem tollen Wahlkampf erstmals - damals mit 7 Sitzen - in die Bürgerschaft (Landtag) gewählt wurde. 2011 hatten wir leider nur noch 5 Sitze, da es große Findungsprobleme sowohl im Landesverband als auch in der Gesamtpartei gab. Doch unser Landesverband hat gelernt, mit eigenen Kontroversen ruhig und konstruktiv umzugehen. Dies, ein toller Jugendwahlkampf und ein hoher Einsatz aller GenossInnen im Landesverband und darüber hinaus hat dann 2015 dazu geführt, dass wir mit 8 Sitzen in der Bürgerschaft vertreten waren und nun 2019 mit 10 Sitzen als Koalitionspartner in Frage kommen.

Nach kurzen, intensiven Verhandlungen liegt nun die „Vereinbarung zur Zusammenarbeit in einer Regierungskoalition für die 20. Wahlperiode der Bremischen Bürgerschaft 2019-2023“ vor (nachzulesen unter www.dielinke-bremen.de) und DIE LINKE in Bremen hat beschlossen, einen Mitgliederentscheid dazu durchzuführen.

Am Abend des 22. Juli stand das Ergebnis des Entscheids fest: 78,5 % der Mitglieder, die an der Abstimmung teilnahmen, stimmten für den Koalitionsvertrag.

-Birgit Menz-
DIE LINKE. Landesverband Bremen
Mitglied des Geschäftsführenden Landesvorstandes

Termine August 2019

01. bis 18.08.			50 Jahre Städtepartnerschaft Suhl - Kaluga, Fotoausstellung „Die Sprache und das Bild des Anderen“, CCS-Galerie
Mo	12.08.	17.30 Uhr	Stadtvorstand DIE LINKE, Geschäftsstelle
Di	13.08.	18.00 Uhr	Live aus dem Landtag mit Torsten Wolf, Bildungspolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE. im Thüringer Landtag, CCS, Türmchen
Mi	14.08.	14.00 Uhr	Geburtstagsrunde mit Brigitte und Hella, Geschäftsstelle
Di	20.08.	10.00 Uhr	Wandern mit Bodo, Gregor, Ina und Philipp im Vessertal, Treffpunkt: Parkplatz Wegscheide
Fr	23.08.	17.00 Uhr	„Suhl dreht am Rad“ gemeinsam durch Suhl mit dem VfB
Sa	24.08.	09.00 Uhr	Mitgliederversammlung als Wahlkampfauftakt; Hotel Michel
Mi	28.08.	14.00 Uhr	AG Senioren, Seniorencafe, Geschäftsstelle

Vorschau September 2019

Mi	04.09.	15.00 Uhr	Für eine soziale und solidarische Gesellschaft – was hat r2g für Thüringen erreicht? CCS, Türmchen
Do	05.09.	15.00 Uhr	Zweite Suhler Demokratiekonferenz 2019, CCS, Bankettsaal

ERINNERN - GEDENKEN - MAHNEN

Aus Anlass des 75. Jahrestages der Ermordung von Ernst Thälmann findet am **Sonntag, dem 18. August 2019 um 14.30 Uhr,** im Hof des Krematoriums des ehemaligen KZ Buchenwald eine gemeinsame Gedenkveranstaltung des Thüringer Verbandes der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten und der Lagerarbeitsgemeinschaft Buchenwald- Dora statt.

Die Gedenkworte sprechen: Ulla Jelpke, Mitglied des Deutschen Bundestages, Fraktion DIE LINKE und Dr. Ulrich Schneider, Generalsekretär der Fédération Internationale des Résistants/Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten

Einladung

zur Veranstaltung der in der Suhler Koordinierungsgruppe vertretenen Verbände und Vereine gemeinsam mit der Volkssolidarität Südthüringen zum Thema:

Für eine soziale und solidarische Gesellschaft - was hat Rot-Rot-Grün für Thüringen erreicht?

Referentinnen und Gesprächspartner: Thüringer Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie Frau Heike Werner, Abgeordnete des Thüringer Landtages und Suhler Stadträtin Frau Ina Leukefeld

Mittwoch, 4. September 2019, 15.00 Uhr, CCS Türmchen